



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2011

Die Aufgabe des Gesetzes bei Solon und Platon

Marti, Urs

Abstract: Solon und Platon werden in der Literatur häufig in einem Zug genannt. Bereits Solon habe das Gesetz verstanden als Instrument zur Überwindung einer politischen Unordnung, die aus der mangelnden moralischen Qualifikation der Bürger resultiere. Die verbreitete Ansicht, Solon habe die politische Philosophie Platons vorweggenommen, bedarf der kritischen Prüfung. Tatsächlich versteht Platon unter Politik primär die moralische Erziehung der Bürger, während soziale Konflikte als Ursachen der Unordnung bei ihm eine untergeordnete Rolle spielen. Dagegen zielt das Gesetz im Verständnis von Solon auf sozialen Ausgleich; es soll die gegnerischen sozialen Kräfte dazu anhalten, den jeweiligen Gegner in seinen Rechten anzuerkennen. Solons Verständnis seiner Aufgabe als Politiker kommt in den Elegien deutlicher zum Ausdruck als in den üblicherweise verwendeten Quellen von Aristoteles und anderen Autoren. Die Lektüre der Elegien legt eine materialistische Deutung nahe: Die widerrechtliche Enteignung der Armen durch die Reichen führt zum Bürgerkrieg, und der Gesetzgeber soll, gleichsam als unparteilicher Schiedsrichter (*aisymnetes*) einen Zustand herbeiführen, worin der Wille der Mächtigen, ihre Privilegien zu behalten, sowie der Kampf der Ohnmächtigen um elementare Freiheits- und Eigentumsrechte im Rahmen eines Gesetzes miteinander vereinbar sind.

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-53482>

Conference or Workshop Item

Accepted Version

Originally published at:

Marti, Urs (2011). Die Aufgabe des Gesetzes bei Solon und Platon. In: Der Kampf ums Recht. Akteure und Interessen im Blick der interdisziplinären Rechtsforschung, Universität Wien, Rechtswissenschaftliche Fakultät, 1 September 2011 - 3 September 2011.

Der Kampf ums Recht. Akteure und Interessen im Blick der interdisziplinären Rechtsforschung
Universität Wien, Rechtswissenschaftliche Fakultät
September 1, 2011 – September 3, 2011

Die Aufgabe des Gesetzes bei Solon und Platon
Urs Marti

Ort: Juridicum

Raum: U14

Datum: 2011-09-02 11:30 AM – 01:00 PM

Zuletzt geändert: 2011-05-31

Abstract

Solon und Platon werden in der Literatur häufig in einem Zug genannt. Bereits Solon habe das Gesetz verstanden als Instrument zur Überwindung einer politischen Unordnung, die aus der mangelnden moralischen Qualifikation der Bürger resultiere. Die verbreitete Ansicht, Solon habe die politische Philosophie Platons vorweggenommen, bedarf der kritischen Prüfung. Tatsächlich versteht Platon unter Politik primär die moralische Erziehung der Bürger, während soziale Konflikte als Ursachen der Unordnung bei ihm eine untergeordnete Rolle spielen. Dagegen zielt das Gesetz im Verständnis von Solon auf sozialen Ausgleich; es soll die gegnerischen sozialen Kräfte dazu anhalten, den jeweiligen Gegner in seinen Rechten anzuerkennen. Solons Verständnis seiner Aufgabe als Politiker kommt in den Elegien deutlicher zum Ausdruck als in den üblicherweise verwendeten Quellen von Aristoteles und anderen Autoren. Die Lektüre der Elegien legt eine materialistische Deutung nahe: Die widerrechtliche Enteignung der Armen durch die Reichen führt zum Bürgerkrieg, und der Gesetzgeber soll, gleichsam als unparteilicher Schiedsrichter (*aisymnetes*) einen Zustand herbeiführen, worin der Wille der Mächtigen, ihre Privilegien zu behalten, sowie der Kampf der Ohnmächtigen um elementare Freiheits- und Eigentumsrechte im Rahmen eines Gesetzes miteinander vereinbar sind.

Die Aufgabe des Gesetzes bei Solon und Platon

Urs Marti

In der Geschichte des Denkens gilt Platon als Begründer der politischen Philosophie und Solon als sein Vorläufer.

Rüdiger Bubner: Polis und Staat. Grundlinien der Politischen Philosophie. Frankfurt a.M. 2002, hält fest, „die Geburt einer politischen Philosophie verbindet sich mit der Figur des Sokrates“ sowie mit Platons Kampf gegen die Sophisten (17).

Antizipiert aber wird die platonische Philosophie von jenen Autoren, die wissen, dass politische Unordnung nie auf ein ungünstiges Schicksal zurückzuführen ist, sondern auf moralische Mängel. (40f)

„Dass die Wurzel des Übels in der von der Norm abweichenden Gesinnung der Bürger selber zu finden ist, so dass Unheil, böse Fügung, mangelndes Glück usw. gar keine Verantwortung tragen, bringt Solon seinen Mitbürgern [] zum Bewusstsein. Strukturell steht bereits das Schema von Ordnung und Aufruhr (stasis) zur Verfügung, das die innere Bedrohung der Einheit der Polis durch Empörung einzelner oder angeführter Gruppen, also Bestreiten der Geltung des Rechtszustands von seiten der Rechtsunterworfenen anklagt.

Damit ist genaugenommen das Niveau der platonischen Theorie erreicht. Die operiert mit einem dominanten Prinzip der Einheit, dem alle Einrichtungen des Staates bis hin zu den Formen der Erziehung subsumiert werden. Das Gegenprinzip lautet auf Stasis, d.h. Aufruhr im Innern, Protest gegen das Bestehende, Veränderungssucht gewisser Schichten. Der politische Philosoph muss bemüht sein, die Anlässe zur Stasis, zur immanenten Bestreitung der Einheitlichkeit auszuräumen.“

Bubner bringt mit diesem Urteil eine konservative Grundhaltung zum Ausdruck, wie sie die politische Philosophie seit Platon bis in die Gegenwart massgeblich prägt. Ich möchte in meinem Beitrag kurz an Platons Begriff der Politik und des Gesetzes erinnern, und dann in einem zweiten Schritt zeigen, dass Solon nicht ganz zu Recht von der konservativen Seite vereinnahmt wird.

Man kann Platons Politikverständnis als pastoral bezeichnen. Man sollte dabei nicht vergessen, dass es Thrasymachos gewesen ist, der sophistische Gegner von Sokrates im ersten Buch der Politeia, der die pastorale Metapher in kritischer Absicht ins Spiel gebracht hat. Sokrates übernimmt das Bild nur zu gerne und entwirft das Ideal des guten Hirten, der nur um das Wohl seiner Schäfchen besorgt ist.

Was unter dem pastoralen Politikverständnis zu verstehen ist, wird erst in den späten Werken Politikos und Nomoi erklärt. Platon stellt im Politikos unmissverständlich klar, dass unter Politik ausschliesslich Herrschaft zu verstehen ist. Die Kompetenz des Herrschers besteht darin, über Lebewesen in grosser Zahl zu gebieten; Politik ist eine Tätigkeit, welche die Menschen hütet, es ist die Sorgfalt für eine Herde oder die Wissenschaft von der Aufzucht der Menschenherde.

Wie sich im weiteren Gesprächsverlauf erweist, vermag diese Definition allerdings nicht zu befriedigen; die Kompetenz des königlichen Menschenhirten muss nicht nur von jener der Viehhirten unterschieden werden, sondern auch von anderen Berufen, die ebenfalls für die Erhaltung der Menschen sorgen, für ihr leibliches Wohl oder ihre Gesundheit.

Um das Problem zu verdeutlichen, erzählt Platon den Mythos des Kronos-Zeitalters, in dem die Götter sich um alle menschlichen Belange kümmern und die Menschen sorglos leben können. Im darauf folgenden Zeitalter des Zeus aber ist die umsorgende Herrschaft der Götter nicht mehr allumfassend; die Menschen müssen sich selbst schützen, ernähren und führen. Politik, so die Pointe der Erzählung, braucht es nicht unter Bedingungen von Frieden und Überfluss, sondern von Knappheit und Gewalt.

An der pastoralen Konzeption von Politik hält Platon jedoch fest; nun gilt es, die Eigenart des Politikers als eines menschlichen Menschenhirten herauszuarbeiten. Dem Politiker obliegt es, sich um die Herde, um die menschliche Gemeinschaft im Sinne des Pflegens und Sorgens zu kümmern, und diese Aufgabe bezieht sich auf den Menschen als Ganzes, vorzüglich aber auf seine Seele.

Entscheidend ist für Platon letztlich einzig die Frage, welche Staatsform geeignet ist, Einsicht in die Beherrschung von Menschen zu gewinnen. Alle verfassungsmässigen und normativen Kriterien erweisen sich als zweitrangig.

Die richtige Staatsverfassung ist jene, „in welcher man bei den Regierenden wahrhafte und nicht nur eingebilddete Erkenntnis findet, mögen sie nun nach Gesetzen oder ohne Gesetze regieren und über Gutwillige oder Gezwungene und arm sein oder reich“. Die freiwillige Zustimmung der Beherrschten ist, wie Platon festhält, keine notwendige Bedingung guter Regierung; wenn die Menschen in ihrer Mehrheit unverständlich sind, kann ihnen Freiheit im Sinne politischer Selbstbestimmung nicht zugestanden werden. Es ist klar, dass die pastorale Sorge um die Menschen leicht in Entmündigung umschlagen kann.

Was auch immer weise Herrscher zwecks Verbesserung des Gemeinwesens tun, kann kein Fehler sein. Sie stehen kraft ihres Wissens über den Gesetzen. Doch was sind Gesetze? Zunächst einmal sind es behelfsmässige Notlösungen.

Die Herrschaft des Gesetzes wird zwar als halbwegs gelungene Nachahmung der besten, göttlichen Verfassung akzeptiert, dennoch wird das pastorale Regierungsverständnis nicht revidiert. Die Autorität der Regierungsmacht wird auch unter der Herrschaft des Gesetzes nicht mit der Unantastbarkeit des Gesetzes begründet, sondern mit dem erzieherischen oder pastoralen Auftrag der Regierenden.

In den Nomoi wird der Mythos des Kronos-Zeitalters nochmals mit weiteren Variationen erzählt. Im glücklichen Zeitalter hat Kronos erkannt, dass aufgrund der menschlichen Natur kein Mensch fähig ist, die menschlichen Angelegenheiten massvoll und gerecht zu verwalten.

Sowenig Rinder über Rinder wachen können, sowenig können Menschen sich selbst regieren. Gute Regierung kann immer nur die Regierung höherer über niedrigere, besserer über schlechtere Wesen sein. Darin besteht denn auch der wahre Kern des Mythos: Für Staaten, die nicht von Gott, sondern von einem Sterblichen regiert werden, gibt es kein Entrinnen von Übel und Not.

Nun hat jedoch der Mythos in den Nomoi die Funktion, darzulegen, dass das beste Abbild der göttlichen Herrschaft jene des Gesetzes ist, die Nomokratie. Das Gesetz darf freilich nicht als Abkommen zwischen Menschen verstanden werden, sondern nur als Ausdruck göttlicher Vernunft.

Würde ein Mensch des göttlichen Wissens teilhaftig, so wäre er auf Gesetze nicht angewiesen, denn dem Wissen ist kein Gesetz und keine Ordnung überlegen, und es widerspräche der göttlichen Gerechtigkeit (Themis), wenn die Vernunft nicht über alles herrschen würde.

Wenn die Herrschaft der Vernunft nicht verwirklicht werden kann, wird jene des Gesetzes zur einzig akzeptablen Lösung. Im nicht-idealen Staat muss die Autorität des Gesetzes unbedingt gelten und dessen Verletzung aufs härteste bestraft werden, wie Platon im Politikos festhält und in den Nomoi genauer ausführt. Ist das Gesetz tatsächlich ein Abbild göttlicher Herrschaft, dann muss der gute Herrscher sein Diener sein.

In den Nomoi finden sich zahlreiche Stellen, die Aufschluss über Platons Verständnis von der Funktion der Gesetze geben. Ich möchte nur einige kurz in Erinnerung rufen:

Die Gesetzgeber und Gesetzeswächter müssen sich bei der Erfüllung ihrer Aufgabe stets an folgender Frage orientieren: wie kann jemand ein guter Mensch werden, der die einem Menschen zukommende Tugend der Seele besitzt?

Eine so verstandene Gesetzesherrschaft lässt sich nur umsetzen im Sinne einer pastoralen Herrschaft, anders gesagt mittels umfassender Kontrolle aller Lebensbereiche, mittels minutiöser Disziplinierung und Sanktionierung jeder Art abweichenden Verhaltens.

Sogar der Tagesablauf einschliesslich des richtigen Verhältnisses von Wachen und Schlafen muss geregelt und „für alle freien Menschen eine Regelung getroffen werden, wie sie ihre ganze Zeit zuzubringen haben, angefangen etwa von der Morgendämmerung bis zum jeweils folgenden Morgen und Sonnenaufgang“.

Gesetzgebung ist eine unendliche Aufgabe, die fortwährende Verbesserung erfordert. Doch wie weit sollen die Gesetze gehen? Schlechtes Verhalten im privaten Bereich untergräbt die Autorität von Staat und Gesetz. Es wäre verhängnisvoll zu glauben, „jeder müsse die Freiheit haben, seinen Tag hinzubringen, wie er Lust hat“. Allerdings ist es nicht angebracht, jedes abweichende Verhalten gesetzlich zu sanktionieren. Was den privaten Bereich betrifft, so ist es zwar „bedenklich, darüber Gesetze aufzustellen, davon zu schweigen aber unmöglich“.

Belehrung und Ermahnung sowie die ungeschriebenen Satzungen, also Sitten und Gebräuche müssen die Gesetzgebung unterstützen.

Gesetzgebung ist denn letztlich auch ein etwas missverständlicher Ausdruck für das, worum es Platon geht, nämlich um Erziehung, um moralische Disziplinierung. So wird denn auch im Strafrecht der Gesetzgeber nicht die Tat, sondern die Gesinnung der Menschen beurteilen.

Ich möchte nun zu Solon übergehen.

Rufen wir uns kurz den historischen Hintergrund in Erinnerung. Die Institution der Polis bildet sich in Griechenland zwischen 800 und 500 heraus. Ihre primäre Aufgabe besteht in der Bewältigung sozialer Konflikte; die regierende Schicht setzt sich vornehmlich aus Grossgrundbesitzern zusammen. Die Bevölkerungszunahme und die damit einhergehende wachsende Beanspruchung des Bodens bewirken Krisen der Landwirtschaft, die vor allem für die Kleinbauern ruinös sind, weil die Verschuldung viele in die Sklaverei zwingt. Die Konflikte zwischen einer verarmten, von Schuldsklaverei bedrohten Bauernschaft sowie einer reichen, adligen Oberschicht, führen Athen im frühen 6. Jh. an den Rand des Bürgerkriegs. In dieser Situation wird 594/593 Solon ins Archontat gewählt.

Wie Aristoteles schreibt, hielten manche Solon für einen guten Gesetzgeber, der die exklusive Oligarchie abgeschafft, die Knechtschaft des Volkes beendet und die alte Demokratie wiederhergestellt habe. Natürlich hat Solon weder eine demokratische Ordnung errichtet, noch hat eine solche in früheren Zeiten existiert. Hingegen hat er eine Entwicklung initiiert, die zwei Jahrhunderte später in der perikleischen Demokratie ihren Höhepunkt erreicht. Aristoteles will offenbar sagen: weil Solon die Richterstellen aus Bürgern aller Stände besetzt und die Richter durch das Los hat bestimmen lassen (der Losentscheid ist die eigentlich demokratische Wahlform), hat er dem Volk mehr Macht verliehen. Überdies schreibt er Solon seine eigene Einsicht zu: werden dem Volk nicht minimale Befugnisse eingeräumt, wird es zum Feind der Polis. Schliesslich erwähnt er in seinem Plädoyer für die Vorherrschaft des Mittelstands Solons Herkunft aus dieser Schicht; ein breiter Mittelstand garantiert in seiner Sicht Ausgleich, Stabilität und die Verhinderung der Herrschaft der Unterschicht.

Die Aristoteles zugeschriebene Schrift *Athenaion politeia* setzt ein mit der Beschreibung des Konflikts zwischen Adligen und armem Volk in Athen. Die Verfassung ist oligarchisch, die Armen sind von den Reichen abhängig, das Land ist im Besitz Weniger, wer seine Pacht nicht bezahlen kann, wird mitsamt seiner Kinder pfändbar. Verbitterung und Empörung sind gross bei der Masse der faktisch unfreien Armen, die „sozusagen an nichts Anteil“ haben. Sie erheben sich gegen die Adligen, wählen aber später, um den Bürgerkrieg zu beenden, gemeinsam mit diesen Solon als Friedensstifter (*diallaktes*) und Archonten. Seiner Herkunft nach adlig, seinem Besitz nach zum Mittelstand gehörend, kämpft er fortan „gegen beide Seiten für beide“.

Er befreit das Volk, indem er verbietet, Darlehen gegen leibliche Haftung zu gewähren. Er hebt die Grundschulden und die Leibeigenschaft auf, es handelt sich um die berühmte Abschüttelung der Schulden (*seisachtheia*).

Er teilt die Bürger nach ihrem Einkommen in vier Klassen ein, wobei der untersten Klasse nur die Volksversammlung und die Gerichte offen stehen. Allerdings stärkt er mit der Überweisung der Rechtsfälle ans Volksgericht das Volk auch politisch. Mit dieser Politik macht er sich mehr Feinde als Freunde, haben doch die Adligen erwartet, er werde die alte Ordnung wiederherstellen, die Armen hingegen, er werde das ganze Land neu verteilen. Zu erwähnen sind zwei weitere Massnahmen: Solon nimmt an, der Bürgerkrieg werde für Athen eine stete Bedrohung bleiben, und er erlässt ein Gesetz, wonach im Bürgerkrieg jeder Bürger, der sich nicht für eine der beiden Parteien entscheidet, sein Bürgerrecht verliert. Bekannt ist die Geschichte seiner Reise nach Ägypten; er erklärt, für zehn Jahre Athen verlassen zu wollen, in dieser Zeit dürften die Gesetze nicht verändert noch neu ausgelegt werden.

Der Vergleich mit Platon drängt sich auf. Für Platon ist der „stasiastikos“ der schlechteste Politiker; Solon will die Bürger dazu zwingen, im Bürgerkriegsfall zu „stasiastikoi“ zu werden. Platon sieht im Gesetz ein unvollkommenes Herrschaftsinstrument, es ist nicht imstande, sich im Sinne der pastoralen Idee um jeden einzelnen zu kümmern. Der wahrhaft königliche Herrscher wird daher nicht Gesetze verfassen und damit seiner absoluten Handlungsfreiheit Schranken setzen, er wird lediglich, falls er eine längere Reise plant, dem Volk Gesetze hinterlassen.

Dagegen will Solon laut dem Bericht in Athenaiion politeia nicht bloss verhindern, dass die von ihm erlassenen Gesetze verändert werden, er will sie nicht einmal selbst verändern oder neu auslegen. Er ist kein Tyrann, auch kein guter, volksfreundlicher Tyrann wie sein Nachfolger Peisistratos, weil er sich keiner der beiden Parteien anschliessen will. Da er die Existenz von Reichen und Armen für notwendig hält, weiss er, dass soziale Konflikte und Bürgerkriege permanent drohen und nicht mittels moralischer Verbesserung der Menschen aus der Welt geschafft, sondern lediglich mittels guter Gesetze in Schranken gehalten werden können.

Natürlich weiss auch Platon um die sozialen Ursachen der Unordnung. So sieht er in der Oligarchie eine Verfallsform des Staats; da übermässiger Reichtum massenhafte Armut und Verelendung schafft, ist sie dauernd von Revolten der Benachteiligten bedroht. Ein oligarchisches Gemeinwesen kann es nicht geben, weil Reiche und Arme ihren je eigenen Staat bilden.

Erst in den Nomoi gerät Solons Sichtweise überhaupt ins Blickfeld: Eine gewisse Gleichheit des Besitzes schafft günstige Voraussetzungen für eine gute Gesetzgebung, doch in den meisten Staaten wird jenem, der am Grundbesitz rütteln und die Schulden aufheben will, heftige Opposition erwachsen, weil er die als unantastbar geltende Eigentumsordnung antastet. Platon bleibt jedoch vorsichtig; wer Gesetze zur Regelung des Eigentums zu geben gezwungen ist, kann „weder diese Dinge ruhen lassen, noch darf er andererseits irgendwie daran rühren; sondern es bleibt ihm sozusagen nur ein frommer Wunsch und eine allmählich behutsame Umwandlung“ – gemeint ist die Hoffnung, einige Reiche möchten ein Einsehen haben und mit den Armen teilen. In den Nomoi wird immerhin dem Gesetzgeber empfohlen, zwecks Verhütung von Aufruhr die Wohlstandsunterschiede innerhalb der Schicht der Grundbesitzer gering zu halten.

Um Solons Verständnis seiner Aufgabe als Gesetzgeber und Schiedsrichter genauer zu prüfen, lohnt sich die Lektüre der Elegien. Am häufigsten zitiert werden folgende Worte:

„Denn dem Volk gab ich ein Ehrgeßchenk, so gross wie es genug ist, und nahm von der ihm gebührenden Achtung weder etwas fort noch tat ich etwas dazu. Die aber Macht hatten und um ihres Besitzes willen bewundert waren, auch für die war ich bedacht, dass sie nichts Ungebührliches erlitten. Ich stellte mich hin und warf einen starken Schild ihnen beiden um, und siegen liess ich keinen von beiden ohne das Recht“ (Müller 2002, 48f). Das Geschenk, das dem Volk zu Teil wird (geras), bezeichnet traditionell den einem Adligen zustehenden Beuteanteil oder seine Macht und Würde. Tatsächlich erhält das Volk Anerkennung, freilich nur jene, die ihm gebührt, während den Mächtigen und Reichen dasjenige, was ihnen gebührt, nicht streitig gemacht wird. Die Anerkennung, die dem Volk zuteil wird, betrifft wohl die Rechte, die ihm als Teil der Polisgemeinschaft zustehen.

Solon hat sich zwischen die streitenden Parteien und zugleich beide unter seinen Schutz gestellt. Den Konflikt hat er beendet und verhindert, dass mit dem völligen Sieg der einen Partei über die andere das Unrecht obsiegt. Die weiteren für den Kontext relevanten Textstellen lassen sich fünf thematischen Schwerpunkten zuordnen:

1. Moralische Defizite der Bürger als Ursache des Bürgerkriegs.

Athens Bewohner, die alles dem Streben nach Besitz unterordnen, drohen ihre Stadt aufgrund fehlender Voraussicht ins Verderben zu stürzen. Den Führern des Volkes fehlt es an Gerechtigkeitssinn, ihr Handeln ist geprägt von Hybris, von Masslosigkeit und Habgier. Das Streben nach Reichtum kennt keine Grenze; dies gilt, wie Solon andeutet, für die Menschen insgesamt, doch sind vor allem die Reichsten unersättlich.

2. Verletzung der Rechts- und Eigentumsordnung als Ursache des Bürgerkriegs.

Der Reichtum der Athener Bürger verdankt sich der widerrechtlichen Aneignung fremden Guts, sie respektieren weder, was den Göttern, noch was dem Volk gehört. Sie missachten „Dikes heilige Grundsteine“ (themethla: die Fundamente). Solon spricht hier Handlungsweisen an, die später in anderen Kontexten von Morus und Marx beschrieben werden: indem die Reichen stehlen, was der Gemeinschaft oder den Armen rechtmässig gehört, beleidigen sie Dike, die Göttin der Gerechtigkeit. Diese weiss, dass Strafe in Gestalt von Knechtschaft, Streit (stasis), Krieg und Verschwörungen die Stadt treffen wird; den Armen steht bevor, versklavt und in fremde Länder verkauft zu werden (45). Die Verletzung der Eigentumsordnung durch die Reichen ist somit eine wesentliche Ursache des Bürgerkriegs; noch wichtiger ist aber wohl die Folge dieser Verletzung, nämlich die Versklavung der Armen, die mit dem Eigentum an Subsistenzmitteln auch ihre Freiheit verlieren und damit keinen Grund mehr haben, zur Erhaltung der Polisordnung beizutragen. Der Besitz von Gütern (chremata)

ist, wie einem anderen Fragment zu entnehmen ist, zwar erstrebenswert und gehört zum göttlichen Segen, freilich nur unter der Bedingung ihres rechtmässigen Erwerbs.

Allein solcher Reichtum ist von den Göttern gegeben und wird den Menschen dauerhaft zuteil. Verehren die Menschen ihn jedoch mit frechem Übergriff (hybris), indem sie andere bestehlen, sind Dikes und Zeus' Strafe zu befürchten. Solon kritisiert das Gebaren der Oberschicht; doch darüber hinaus wird ganz allgemein daran erinnert, dass die Ordnung des Eigentums von den Göttern bestimmt wird und die Menschen die Regeln dieser Ordnung nicht verletzen oder gar verändern dürfen. Was sich die Menschen erhoffen, können sie nur von den Göttern geschenkt bekommen und nicht durch eigenes Denken und Streben erwerben und sichern.

3. Verletzung und Wiederherstellung der guten Ordnung.

Das Ziel guter Politik definiert Solon als Eunomia; der Begriff (Wohlordnung) kann sich auch auf die Verteilung von Gütern und Anerkennung beziehen. Im Hinblick auf die Frage, ob der Anlass des Konflikts eher moralischer oder rechtlicher und ökonomischer Art ist, lässt die einschlägige Stelle zwar keine eindeutige Antwort zu, wobei aber doch institutionelle Aspekte stärker ins Gewicht zu fallen scheinen als moralische. Solon ruft seine Landsleute dazu auf, nach der guten Ordnung zu streben, welche unrechtes Tun sanktioniert, die Gier beendet, die Hybris schwächt, krumme Rechtssprechung begradigt, Zwietracht überwindet und die zwischenmenschlichen Verhältnisse passend und klug gestaltet.

4. Die Übermacht der Mächtigen und das Unwissen des Volks.

Mächtige Männer sind zu fürchten, durch sie geht die Stadt zugrunde. Wenn sich das Volk einem Alleinherrscher (monarchos) unterwirft, tut es dies aus Unkenntnis. Ob einem Fürher grosse Macht anvertraut werden soll, muss gründlich überlegt werden, da man ihn später kaum mehr bändigen kann. Leiden die Menschen unter Knechtschaft, dürfen sie sich nicht bei den Göttern beklagen, haben sie selber doch ihre Fürher – ob Tyrannen oder Aristokraten gemeint sind, wird aus dem Kontext nicht ersichtlich – ermächtigt. Als Einzelne mögen sie schlau sein wie der Fuchs, gemeinsam jedoch fehlt ihnen der Verstand, den es braucht, um die Absichten der Mächtigen zu durchschauen. Sie lassen sich verführen von Schmeichlern und verdrängen, was wirklich geschieht.

5. Solons Selbstverständnis als politischer Fürher.

Mit den Elegien hat Solon sicher auch die Absicht verfolgt, seine Leistung im besten Licht erscheinen zu lassen; doch gerade diese Stellen sind die aufschlussreichsten, weil sie einiges aussagen über seine Auffassung der Aufgaben eines guten Politikers und Gesetzgebers. Bei grossen Werken ist es schwer, allen zu gefallen (51); mit diesem Befund spielt Solon auf seine Position als Streitschlichter an, der nicht für die eine oder andere Seite Partei ergreift und den Erwartungen beider Seiten nicht vollständig entsprechen kann. Wer sich mit so grosser Begeisterung einem Ziel verschreibt, wie er, muss seinen Zeitgenossen als wahnsinnig erscheinen (53). Sein Verdienst sieht er darin, nicht der Versuchung erlegen zu sein, die Tyrannis anzunehmen und mit Gewalt zu herrschen. Ein Gott hat ihm das Geschenk angeboten, doch er, unverständlich und entscheidungsschwach, hat nicht zugegriffen,

obwohl er als Tyrann unermesslichen Reichtum hätte gewinnen können. Er hat das Vaterland geschont und seinen Nachruhm nicht besudelt.

Die Reichen, die irrlicherweise geglaubt haben, durch ihn zu noch mehr Reichtum zu kommen, hat er enttäuscht und sich zu Feinden gemacht. Was er versprochen hat, hat er mit den Göttern vollendet, weiteres zu tun wäre aussichtslos gewesen. Was hat er geleistet, um den Demos zu vereinen? Die grösste Mutter der olympischen Götter, die schwarze Erde, könnte das für ihn bezeugen; aus ihr hat er die Grenzsteine ausgehoben und den zuvor Versklavten die Freiheit zurückgegeben. Die Armen, die ins Ausland verkauft wurden oder geflohen sind, hat er nach Athen zurückgeholt, und jene befreit, die in Athen unter Knechtschaft zu leiden hatten. All dies hat er vollbracht, indem er Gewalt und Recht zusammengefügt hat. Die Gesetze (thesmoi) hat er gleichermassen für die Schlechten und die Guten niedergeschrieben.

„Schlecht“ und „gut“ ist hier im alten Sinn zu verstehen als Bezeichnung der einfachen Bürger und der Adligen; er hat mithin für alle Bürger ungeachtet ihrer sozialen Stellung das gleiche Gesetz gegeben. Solon ruft nach dieser Darlegung seiner Verdienste erneut seine aussergewöhnliche Qualifikation in Erinnerung, die erklärt, weshalb er allein und kein anderer der Aufgabe gewachsen gewesen ist. Hätte das „kentron“ ein anderer an seiner Stelle erhalten, ein boshafter und habgieriger Mann, so wäre es diesem nicht gelungen, den Demos zu bändigen. Kentron ist der Stachel eines Insekts oder auch der durch ihn verursachte Schmerz, es ist der Stachel im Fleisch und der Ansporn; im Kontext ist aber wohl die Stachelrute gemeint, mit der Rinder angetrieben werden. Hätte er sich, so fährt Solon weiter, vereinnahmen lassen von seinen Gegnern, so hätte die Polis den Schaden davon getragen. Doch er hat sich abgesichert und bewegt sich wie ein Wolf unter vielen Hunden.

Der Demos verdient Tadel, das einfache Volk will nicht sehen, dass es ihm dank Solon besser geht. Erst recht aber müssten ihm die Mächtigen dankbar sein, hätte doch kein anderer es geschafft, den Demos zu bändigen, ohne sich dabei zu bereichern. Er aber, Solon, hat sich zwischen den Fronten der streitenden Parteien als ihr Grenzstein aufgestellt.

Die Bilder, die Solon in seinen Elegien verwendet, sprechen für sich. Er sieht seine Aufgabe nicht darin, die Menschen moralisch zu verbessern, vielmehr will er gerechtere und vor allem stabilere Verhältnisse in der Polis schaffen. Hierzu sind politische und ökonomische Ausgleichsmassnahmen nötig, allerdings nicht im Sinne der Gleichverteilung von politischer Macht, Ehre oder materiellen Gütern. Die Existenz privilegierter und nicht-privilegierter sozialer Klassen wird nicht in Frage gestellt. Doch die Masslosigkeit der einen und das Elend der anderen bedrohen den Bestand des Gemeinwesens. Der gute Politiker ist ein Tierbändiger, der die Mächtigen in die Schranken weist und die Lage der Ohnmächtigen verbessert. Zugleich ist er ein Kampfrichter, der verhindert, dass beide übereinander herfallen. Diese Herrschaftsauffassung ist nicht pastoral. Die Bändigung des Demos ist ein ganz anderes Projekt als das platonische der Menschengzucht und Menschengzähmung.

Bubner gibt eine treffende Charakterisierung von Platons politischem Denken, er übersieht aber einen wichtigen Unterschied zwischen Platons und Solons Politikverständnis.

Zunächst mag ein kurzer Hinweis zur Bedeutungsvielfalt des Worts „stasis“ hilfreich sein. Es lässt sich übersetzen mit Empörung, Aufruhr, Aufstand, Revolution, ebenso mit Streit und Bürgerkrieg, schliesslich mit Partei. In Platons Politikos wird der „stasiastikos“ als Widersacher des wahrhaften Politikers identifiziert (303c); er gefährdet die Ordnung und Eintracht des politischen Gemeinwesens. „Stasiastikoi“ können Revolutionäre sein, welche die Ordnung als solche bedrohen, oder Parteileute, welche die Einheitlichkeit der Ordnung bedrohen; Platon unterscheidet nicht zwischen beiden Bedeutungen. Solon hingegen sieht zwar in der „stasis“ im Sinne des Bürgerkriegs das grösste Übel, das Athen droht; dass sich die Polis aus Gruppen zusammensetzt, die sich aufgrund ihrer unterschiedlichen Interessen als Konkurrenten gegenüberstehen, ist für ihn jedoch unvermeidbar.

Platon versteht unter Politik primär die moralische Erziehung oder Disziplinierung der Bürger, während soziale Konflikte als Ursache der Unordnung bei ihm eine untergeordnete Rolle spielen. Dagegen zielt das Gesetz im Verständnis von Solon primär auf den sozialen Ausgleich; zwar soll es disziplinierend wirken, doch zielt diese Disziplinierung weniger auf die individuelle Moral als auf die Bereitschaft der gegnerischen sozialen Kräfte, den jeweiligen Gegner in seinen Rechten anzuerkennen. Die Rationalität von Solons Politikverständnis ist offenkundig; im Vergleich zu Platon wird er zweifellos als der „modernere“ Politiker gelten können. Er antizipiert Machiavelli, der als einer der wenigen politischen Denker darauf hingewiesen hat, dass der soziale Konflikt und die durch ihn bewirkten Parteiungen gleichsam die Lebensbedingung eines freiheitlichen politischen Gemeinwesens sind. Er antizipiert Hobbes, der annimmt, über die Verhinderung des Bürgerkriegs hinaus komme der Politik keine Aufgabe zu. Dies sind nur Andeutungen, die aber vielleicht deutlich machen können, womit sich eine nicht anklagende, sondern neugierige Kritik der politischen Vernunft befassen könnte.

Literatur

Aristoteles, Werke in deutscher Übersetzung, hrsg. von H. Flashar, Berlin, Darmstadt, 1956 ff (Bd. 9/1-4 Politik; Bd. 10/1 Staat der Athener)

Bubner, Rüdiger, 2002, Polis und Staat. Grundlinien der Politischen Philosophie. Frankfurt/M.

Müller, Christoph, 2002, Solons politische Elegien und Iamben, Einleitung, Text, Übersetzung, Kommentar, München, Leipzig

Platon, Werke in acht Bänden, griechisch und deutsch, hg von G. Eigler, Darmstadt 1970 ff

Tocqueville, Alexis de, OC, Oeuvres Complètes, édition publiée sous la direction de J. P. Mayer, Paris 1951ff